



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.fuchsberger-meyer@stadt-koeln.de

Datum: 03.11.2011

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 04.10.2011, 18:05 Uhr bis 20:08 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach SPD

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	Vertreterin von RM Herrn Dr. Strahl
Herr Manfred Richter	GRÜNE	Vertreter für SB Frau Barion
Herr Michael Paetzold	SPD	ab 18:10 Uhr
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Frau Bettina Houben	FDP	

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln	ab 18:09 Uhr
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln	

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Eichmüller auf Vorschlag der Grünen

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli GOL

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida auf Vorschlag der FDP

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Dr. Peter Krebs

Auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Herr Thilo Fußén

Schwips e.V.

Vertreter für SE Frau  
Diers

## **Verwaltung**

Herr Manfred Bork

Frau Dr. Anne Bunte

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Johannes Feyrer

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Frau Erika Meißner

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Frau Ulrike Willms

## **Schriftführerin**

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Jürgen Strahl

CDU

Frau Katrin Barion

GRÜNE

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Thomas Jentgens

SPD

Herr Hartmut Steffens

auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Jürgen Zastrow

CDU

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-  
Rhein-Erftkreis

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 15. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Sie schlägt vor, den TOP 6.6 –Toilettenkonzept – Sachstand doch unter TOP 2.1 zu behandeln, da eine Vertreterin der Bauverwaltung anwesend ist.

Dann bittet sie darum, dass vor den mündlichen Anfragen Frau Dr. Bunte zwei Informationen an die Ausschussmitglieder weitergeben kann.

Außerdem teilt sie mit, dass auf Wunsch der CDU-Fraktion, vorausgesetzt alle Ausschussmitglieder seien damit einverstanden, der Sitzungsbeginn im nächsten Jahr von 18:00 Uhr wieder auf 17:00 Uhr vorverlegt werden soll. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass seitens des Büros des Oberbürgermeisters keine Einwände wegen Terminüberschneidungen erhoben werden. Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Änderung einverstanden.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit den Änderungswünschen der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A. Vortrag zum Thema Gesundheitsförderung im Alter - am Beispiel des Projektes "gesund & mobil - fit für 100

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Toilettenkonzept - Sachstand  
3252/2011

2.2 Nachfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich  
2596/2011

2.3 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand  
3666/2011

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Schenkung von sechs Löschgruppenfahrzeugen (LF) und vier Dekontaminationsmehrzweckfahrzeugen (DMF) des Bundes für die Freiwillige Feuerwehr Köln  
1918/2011

- 5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr  
2011  
3249/2011

## **6 Mitteilungen**

- 6.1 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht  
für Mai 2011  
hier: Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und  
Senioren am 12.07.2011  
3778/2011
- 6.2 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft  
Passivhaus-Standards Stand Juli 2011  
3156/2011
- 6.3 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln  
2669/2011
- 6.4 Optimierung der Umweltmedizinischen Beratung am Gesundheitsamt der  
Stadt Köln  
3841/2011
- 6.5 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und  
Schulen  
3847/2011

## **7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch an Menschen mit Lernschwierig-  
keiten oder mit psychischen Behinderungen
- 7.2 Fortbildungsveranstaltungen in Kindertagesstätten zum Thema Kinder- und  
Jugendgesundheit
- 7.3 Kosten für Schwangerschaftsverhütung bei Frauen mit besonderen sozialen  
und psychosozialen Schwierigkeiten

## I. Öffentlicher Teil

### A. Vortrag zum Thema Gesundheitsförderung im Alter - am Beispiel des Projektes "gesund & mobil - fit für 100"

Frau Meißner von der Abteilung Psychiatrie- und Suchtkoordination, Gesundheitsberichterstattung und –aufklärung stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (*Anlage 1*) die Gesundheitsförderung im Alter – am Beispiel des Projektes „gesund & mobil – fit für 100“ vor.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für den hoch interessanten Beitrag.

Im Anschluss daran beantwortet Frau Meißner die Fragen von RM Frau Schmerbach, SB Frau Houben, SE Frau Röhrig, RM Frau Gärtner, SE Frau Brunelli, SE Herrn Dr. Krebs und RM Herrn Peil. Zusammenfassend wird die Arbeit von Frau Meißner und das Konzept der Gesundheitsförderung bei älteren und alten Menschen von allen Ausschussmitgliedern gelobt und begrüßt.

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

#### 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

##### 2.1 Toilettenkonzept - Sachstand 3252/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach bedankt sich bei Frau Willms vom Bauverwaltungsamt, dass sie es so kurzfristig ermöglicht hat, an der Sitzung teilzunehmen.

Frau Willms erläutert das vorliegende Konzept und fasst zusammen, dass die Wünsche des Rates und der Bezirksvertretungen aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten bisher leider nur zum Teil umgesetzt werden konnten.

Eine U-Bahn-Toilettenanlage könne nunmehr an der Venloer Straße/Gürtel in naher Zukunft in Betrieb genommen werden. Die Fraktionen sollen wichtige Standorte in einem Antrag benennen und entsprechende Mittel in den Haushalt 2012 einstellen.

RM Herr Peil findet den Sachstand zum Toilettenkonzept beschämend. Er sei davon ausgegangen, dass nach dem Ratsbeschluss die Verwaltung entsprechende Ressourcen zur Verfügung stelle. Erst nach zwei Jahren zu erfahren, dass es nicht umsetzbar sei, halte er für äußerst unerfreulich. Seine Fraktion werde ein derartiges Verhalten der Verwaltung dem Rat gegenüber so nicht mittragen.

Auch SB Frau Houben hält das Ergebnis für mehr als dürftig.

RM Frau Gärtner beurteilt die vorliegende Bilanz für eine Großstadt ebenfalls als sehr beschämend. Sie bittet die Verwaltung, die Ergebnisse aus den Bezirksvertretungen zusammen zu fassen und dem Gesundheitsausschuss vorzulegen.

Auf die Fragen von SE Frau Röhrig und SE Herrn Eichmüller erklärt Frau Willms, dass es sich auf den Poller Wiesen um mobile Toiletten (Container) handele, die hohe Kosten verursacht haben und aufgrund geringer Nutzungen wieder abgebaut wurden. Alternativ werde überlegt, auf der Bezirkssportanlage Poller Wiesen Toiletten zu öffnen. Die Frage des Personals sei jedoch noch nicht hinreichend geklärt. Bei der Kontaktaufnahme mit den städtischen Kliniken gehe es darum, dass die dortigen Toiletten in die Standortliste mit aufgenommen werden sollen.

Ferner erläutert Frau Willms, dass das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik die Beschilderung überprüfe und da, wo es notwendig sei, weitere Hinweisschilder aufstelle. Außerdem sei vorgesehen, die Standorte demnächst auch im Internet zu veröffentlichen. So können sich auch Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer über barrierefreie Toilettenanlagen informieren.

Zum Vorschlag von SE Herrn Dr. Krebs, mit Einkaufsmärkten Absprachen bezüglich der Nutzung von Toiletten zu treffen, sichert Frau Willms eine Prüfung zu.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet Frau Willms, bis zur nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Rückmeldung der Diskussionspunkte und der Anregungen aus den Bezirksvertretungssitzungen zu geben. Darüber hinaus bittet sie die Verwaltung, Ende des Jahres 2011 oder im Januar 2012 einen erneuten Sachstandsbericht dem Ausschuss vorzulegen.

## **2.2 Nachfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich 2596/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Für SB Frau Houben ist die Antwort der Verwaltung unbefriedigend. Sie halte es für selbstverständlich, dass am Ende des Jahres die Ausgaben aufgelistet werden. Den Hinweis in der Mitteilung der Verwaltung, dass die Vereine die Berichte nicht ohne erheblichen Zeitaufwand erstellen können und diese auch nicht erforderlich seien, könne sie nicht nachvollziehen.

Frau Beigeordnete Reker erläutert, dass die Frauenvereine verschiedene Arbeitsfelder mit unterschiedlichen Auftrag- und Geldgebern, mit variierenden Zeiträumen und unterschiedlichen personellen Einsätzen haben. Demzufolge gebe es bei den Frauenvereinen keine einheitlichen Erfassungen und seien damit nicht miteinander vergleichbar. Die Verwaltung sei noch nicht so weit, diese Nachweise unter gleichen Rahmenbedingungen zu formalisieren. Es sei davon auszugehen, dass für die Dokumentationen dann auch mehr Zeit benötigt werde, die möglicherweise für andere Aufgaben fehlen würde.

SB Frau Houben schlägt vor, dass die Verwaltung den Vereinen ein Grobraster (Beratung medizinisch, Beratung Gewaltprävention etc.) zur Verfügung stellt, damit diese detaillierte Angaben machen können.

SE Herr Eichmüller hat volles Verständnis, dass bei geringen Zuschüssen keine aufwändige Dokumentation erwartet werden könne. Im Sinne einer Wirkungsüberprüfung der Mittel sei es aber durchaus legitim, wissen zu wollen, welcher Effekt mit den Geldern erreicht werde.

Frau Beigeordnete Reker erklärt, dass es genau diese Wirksamkeitsanalyse in vielen Bereichen noch nicht gebe. Derzeit sei eine Auflistung der Kontakte machbar, da sie aus den Verwendungsnachweisen abzulesen seien.

Für SB Frau Houben sei dies schon mal ein Anfang, um dann festzulegen, wie eine weitere statistische Aufbereitung implementiert werden könne.

RM Frau Gärtner versteht die Diskussion nicht, da nach Aussagen der Verwaltung in den Verwendungsnachweisen dazu Angaben erfolgen, die auch geprüft werden. Dies sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Es sei nicht Sinn der Sache, dass alle Prüfunterlagen dem Ausschuss vorgelegt werden.

Frau Beigeordnete Reker ergänzt, dass es für die pauschale Förderung, die seit Jahren angewendet werde, weder konkrete Leistungsvereinbarungen noch eine Wirksamkeitsanalyse gebe. Die Vereine und Gruppen legen einen Verwendungsnachweis vor. Der Ausschuss solle vorgeben, was benötigt werde, damit die Verwaltung dem Informationsbedürfnis des Ausschusses nachkommen könne.

RM Herr Paetzold möchte wissen, welche Arbeiten liegen bleiben würden, um die gewünschten Daten zusammenzustellen. Seine Begeisterung für diesen Nachweis halte sich in Grenzen.

Frau Beigeordnete Reker stellt fest, dass sicherlich andere Arbeiten liegen bleiben müssten, die sie jedoch im Augenblick nicht benennen könne. Die Verwaltung werde dann eine Priorität der Aufgabenerledigung festlegen.

SB Frau Houben hält weiterhin einen derartigen Nachweis für sinnvoll. Ihre Fraktion werde sich einen entsprechenden Antrag überlegen.

Nachdem Frau Houben noch einmal ihr Unverständnis für die Formulierung in der Mitteilung „..... ist aus Sicht der Verwaltung schwer möglich und nicht erforderlich“ zum Ausdruck bringt, schlägt Frau Beigeordnete Reker vor, den Wortlaut in “derzeit nicht prioritär“ zu ändern.

### **2.3 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand 3666/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

**4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

**5 Beschlussvorlagen**

**5.1 Schenkung von sechs Löschgruppenfahrzeugen (LF) und vier Dekontaminationsmehrzweckfahrzeugen (DMF) des Bundes für die Freiwillige Feuerwehr Köln  
1918/2011**

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Schenkung von sechs Löschgruppenfahrzeugen (LF) und vier Dekontaminationsmehrzweckfahrzeugen (DMF) des Bundes für die Freiwillige Feuerwehr Köln an. Die Berufsfeuerwehr trägt die laufenden Kosten in Höhe von jährlich ca. 52.700,00 € für die Versicherung, Kraftstoffe und Reparaturen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2011  
3249/2011**

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2011 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich - gemäß der beigefügten Anlage - zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 512 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse - abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlen - zu bewilligen und auszuzahlen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt



## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011 hier: Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011 3778/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.2 Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards der Gebäudewirtschaft Passivhaus-Standards Stand Juli 2011 3156/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil teilt mit, dass er die Debatte der Fachleute im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft miterlebt habe. Es stelle sich die Frage, warum dieser niedrige CO<sub>2</sub>-Wert in Köln vorgesehen sei. In zahlreichen Städten werde von anderen Werten ausgegangen.

Herr Professor Dr. Wiesmüller erläutert, dass zur nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Stellungnahme der Verwaltung vorgesehen sei.

### **6.3 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln 2669/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.4 Optimierung der Umweltmedizinischen Beratung am Gesundheitsamt der Stadt Köln 3841/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.5 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen 3847/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis (*Anlage 2*).

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach erteilt der Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, für zwei mündliche Mitteilungen das Wort.

Frau Dr. Bunte informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Landesinitiative „Gesundes Land NRW“ in diesem Jahr das Thema „Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ in den Vordergrund gestellt habe. Insgesamt wurden 76 Projekte beim Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter von verschiedenen Institutionen vorgeschlagen. 28 Projekte wurden als beispielhaft in die Datenbank des Landes aufgenommen, 4 Projekte davon preisgekrönt.

Der kinder- und jugendpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes sei in die Liste der hervorragenden Projekte aufgenommen und als beispielgebend für die Weiterentwicklung des Nordrhein-Westfälischen Gesundheitswesens bewertet worden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich bei der Verwaltung, unter Beifall der Ausschussmitglieder, für dieses Engagement.

Als weiteres weist Frau Dr. Bunte zum Multiresistenten-Erreger-Netzwerk (MRE-Netzwerk) darauf hin, dass im Sommer 2011 der Vertrag mit der Universität Bonn unterschrieben wurde. Die Uni Bonn hatte in Vorleistung bereits eine Stelle ausgeschrieben, die leider erst zum 01.01.2012 mit einer Ärztin besetzt werden könne. Der Vertragsbeginn verschiebe sich somit um ein halbes Jahr.

Außerdem habe die Uni Bonn Ende September ein Qualitätssiegel für Krankenhäuser und eins für Alten- und Pflegeheime in Bonn vorgestellt. Das Gesundheitsamt werde noch in diesem Jahr die Kölner Krankenhäuser zu Vorgesprächen einladen, damit dann bei Amtsantritt der neuen Mitarbeiterin die weiteren Schritte unternommen werden können.

SB Frau Houben möchte wissen, ob das MRE-Netzwerk auch Gelder von den von der Landesregierung zur Verfügung gestellten 1 Million Euro für die Aufklärung und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten habe.

Frau Dr. Bunte verneint dies. Dem Gesundheitsamt sei nicht bekannt, wofür die Landesregierung auf welchen Wegen Geld zur Verfügung stelle. Die Landesgesundheitskonferenz wird sich in ihrer Dezember-Sitzung mit den MRE Themen und nosokomiale Infektionen beschäftigen.

Zum Thema Fort- und Weiterbildung sei zu berichten, dass Herr Professor Dr. Wiesmüller bei der Uni Freiburg bezüglich einer Fortbildung zum Thema „Umgang mit Antibiotika“ nachgefragt habe. Dazu berichtet Herr Professor Dr. Wiesmüller, dass zunächst nur Ärzte in Krankenhäusern und keine Ärzte aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst zugelassen worden seien. Das Problem sei mittlerweile über den Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) geklärt, mit dem Erfolg, dass er auf der Warteliste stehe.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch an Menschen mit Lernschwierigkeiten oder mit psychischen Behinderungen**

RM Herr Peil möchte von der Verwaltung wissen, ob es Erkenntnisse über sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch an Menschen mit Lernschwierigkeiten oder mit psychischen Behinderungen gebe. Gemeint seien hier Übergriffe zwischen Betreuungspersonal und Behinderten oder umgekehrt, aber auch Übergriffe zwischen den Behinderten.

Seiner Fraktion sei bekannt, dass dieses Thema in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert werde.

Herr Peil bittet die Verwaltung, zu dieser Thematik in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten bzw. ein Mitglied der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) einzuladen. Außerdem sei es interessant, auch etwas von den Lebensbedingungen von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu erfahren.

Frau Beigeordnete Reker bestätigt, dass der Verwaltung das Thema bekannt sei. Nach den derzeitigen Erkenntnissen gehe man davon aus, dass es sich bei den in Umlauf befindlichen Zahlen um Schätzungen handle. Auch sie halte die PSAG für die richtige Ansprechpartnerin.

## **7.2 Fortbildungsveranstaltungen in Kindertagesstätten zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit**

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach, ob es möglich sei, in Kindertagesstätten Fortbildungsveranstaltungen zur Kinder- und Jugendgesundheit anzubieten.

Frau Dr. Bunte weist auf das Grundproblem des Personalmangels im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst hin. Die Vorgabe sei, vorrangig die Schuleingangsuntersuchungen umzusetzen. Daher können aktuell keine zusätzlichen Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden. Sie bittet die Ausschussmitglieder, bei passender Gelegenheit für den Arbeitsplatz Gesundheitsamt, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, zu werben.

## **7.3 Kosten für Schwangerschaftsverhütung bei Frauen mit besonderen sozialen und psychosozialen Schwierigkeiten**

RM Herr Peil weist auf einen Beschluss des Sozialausschusses im Jahr 2009 hin, der das Ziel hatte, dass Kölnpassinhaber und Kölnpassinhaberinnen kostenlos Verhütungsmittel erhalten können. Eine Steuerung sollte über die Beratungsstellen, wie zum Beispiel pro familia, erfolgen. Entsprechende Mittel seien damals auch in den Haushalt eingestellt worden. Herr Peil möchte von der Verwaltung wissen, wie der Stand der Angelegenheit sei.

Frau Beigeordnete Reker teilt mit, dass neben der Bereitstellung der Mittel die Verfahrensabläufe abgestimmt werden müsse. Deshalb wird am 06.10.2011 stadintern und anschließend mit den Beratungsstellen das genaue Verfahren festgelegt.